

Einladung
Stuttgart

**– wohin
geht's ?**



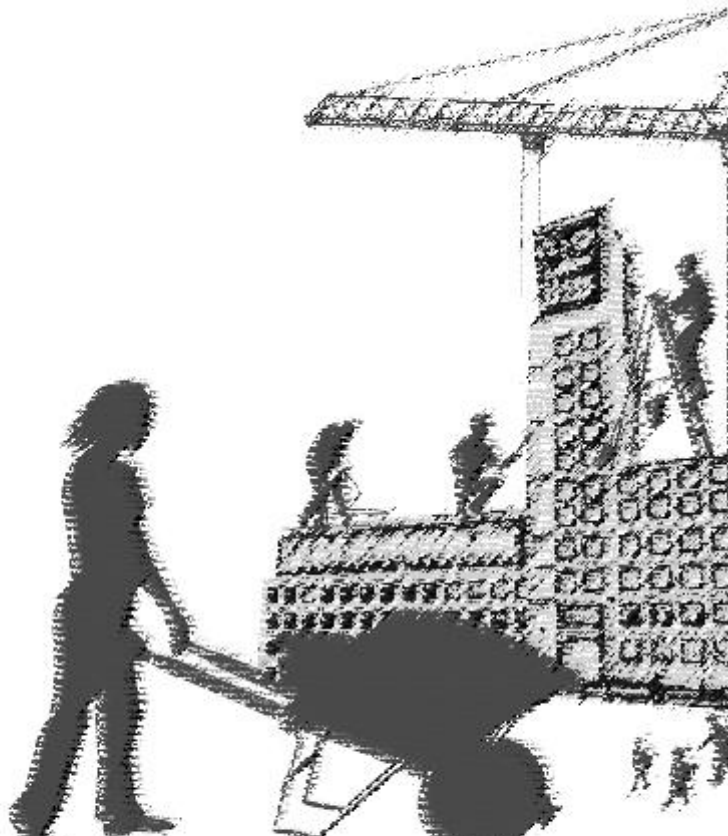
Gründungs
Bürger

Sa., 19.1.

11 – 17 h

Rathaus Stuttgart
Großer Sitzungssaal

Einladung zum Stuttgart selber machen!



Das Parlament der Bürgerinnen und Bürger

Mit dem "entscheidungsfähigen Parlament der Bürgerinnen und Bürger" geben wir den Anstoß zu einer echten Vertretung von Bürgerinteressen.

Wir laden zu einem Konvent ein, zu dem möglichst viele an ihrem Gemeinwesen interessierte Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, um über die Einsetzung des zu gründenden BürgerInnen-Parlaments zu beraten.

Wir sehen darin ein Demokratieexperiment, dessen Gestalt und Form unter möglichst vielfältiger Beteiligung entwickelt wird. Dazu werden mehrere Veranstaltungen notwendig sein, diese soll der Auftakt sein.

Gründungskonvent zum **BürgerInnen-Parlament**

Sa., 19.1. 2013

11 – 17 h

Rathaus Stuttgart,
Großer Sitzungssaal

Zeit zu handeln

Die uns in der Verfassung garantierte Demokratie wollen wir mit Leben erfüllen, unsere Verantwortung wahrnehmen: "Stuttgart selber machen". Wir laden daher ALLE interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu einem Gründungskonvent ein, um das Parlament der Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden zu lassen.

Kritik an Gemeinderat und OB

Daraus, wie sich hier in Stuttgart – im Großen wie im Kleinen – in der Vergangenheit begangene Fehlleistungen und Täuschungen zum Nachteil der Stadt angesammelt haben, lässt sich ohne Weiteres die Politikerverdrossenheit und der Verlust des Vertrauens in die bestehenden Entscheidungsgremien und der sich in fortwährenden Protesten artikulierende Bürgerzorn erklären. Partei- und Fraktionszwänge verhindern Entscheidungen, welche der Vernunft und dem Allgemeinwohl folgen. Interessen(schief)lagen entstehen überdies bei Amtsträgern durch ihre Mitgliedschaft in Gremien von Aktiengesellschaften, Banken und Medien-Konzernen. So sind diese Personen nicht mehr ihrem Gewissen allein verpflichtet, sondern einer ganzen Reihe von Interessenkonflikten ausgesetzt, die sich aus ihren Nebentätigkeiten ergeben. Das ist nicht gut für die Demokratie. Wir werfen daher dem Gemeinderat, vor allem aber dem bisherigen OB, fortgesetztes verantwortungsloses Handeln im Amt vor.

Der Zustand unserer Demokratie

Es ist ganz offensichtlich nicht gut für ein Gemeinwesen, wenn Menschen über längere Zeiträume Ämter und Posten innehaben. Die Gefahr der Einfluss- oder Vorteilsnahme, der Kungelei, der Interessenkonflikte ist größer, als dass ein Mensch dagegen dauerhaft bestehen kann. Viele lebensnahe Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung bleiben unberücksichtigt. Wir betrachten es als zwingend notwendig, dass sich in unserer Demokratie etwas verändern muss, da unter ihrem Deckmantel durch bestimmte Interessengruppen eine skrupellose, wirtschafts- und damit machtorientierte Vermögensumverteilung sondergleichen betrieben wird. Für die Folgen und finanziellen Schäden haftet einzig die Allgemeinheit (siehe Finanz-, Banken-, Eurokrise).

Der Souverän, von dem nach der Verfassung "alle Macht" ausgeht, ist in Wahrheit machtlos ausgeliefert.

Den aktuellen Zustand bezeichnen wir als "Demokratiemissbrauch", der das Gemeinwohl akut gefährdet und uns als Bürgerinnen und Bürger dazu zwingt, zu handeln.